



22.3838

**Motion Gugger Niklaus-Samuel.  
Schutz vor der einseitigen Einführung  
des Agenturmodells im KFZ-Markt****Motion Gugger Niklaus-Samuel.  
Protection contre l'introduction  
unilatérale du modèle de l'agence  
sur le marché automobile**

## CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 28.02.24

**Gugger** Niklaus-Samuel (M-E, ZH): Bei der Einreichung meiner Motion haben 28 Kolleginnen und Kollegen aus allen Fraktionen deutlich gemacht, dass in Zukunft 5000 Schweizer Garagisten ihre unternehmerische Freiheit behalten sollen. Dieses Anliegen wird auch von den Branchenverbänden und vom Schweizerischen Gewerbeverband unterstützt.

Ein kurzer Rückblick: Vor zwanzig Jahren hat dieses Parlament mit dem damaligen FDP-Wirtschaftsminister das Kartellgesetz mit Artikel 5 Absatz 4 ergänzt, um die Wettbewerbsfähigkeit der Garagisten zu stärken. Das Resultat ist, dass die Schweiz heute dank der Wettbewerbsspritze unseres Parlamentes über das beste Händler- und Werkstattnetz Europas verfügt. Ausserdem haben wir das Phänomen Hochpreisinsel Schweiz über weite Strecken wirksam im Griff. Die unternehmerische Freiheit sowie der Wettbewerb sind allerdings in Gefahr. Die Hersteller haben eine Lücke im Kartellgesetz entdeckt, mit der alle unsere Bemühungen unterlaufen werden. Sie wollen das sogenannte Agenturmodell einführen, mit dem erklärten Ziel, die KMU in der Schweiz ihrer unternehmerischen Freiheit zu berauben, den von diesem Parlament vor zwanzig Jahren gewollten Wettbewerb zu eliminieren, die Versorgungsdichte in der Schweiz auszuhöhlen, dies verbunden mit einer Abwanderung von Tausenden von Arbeits- und Ausbildungsplätzen ins Ausland.

Mit einem Agenturmodell könnte die Weko heute zum Beispiel gegenüber einem Unternehmen wie BMW nicht mehr intervenieren. Sie erinnern sich: Unsere Gerichte haben die Busse von über 150 Millionen Schweizerfranken gegenüber BMW bestätigt. BMW hatte seinen Händlern verboten, Importe in der Schweiz zu tätigen, um hier höhere Preise zu verlangen. Da aber Agenten im Kartellgesetz nicht als Unternehmen gelten, könnte BMW dies in Zukunft legal machen. Das können wir im Parlament ganz klar nicht akzeptieren.

Die Motion verlangt eine einfache Massnahme: Das Kartellgesetz soll auch dann gelten, wenn Hersteller sich für einen Vertrieb via Agentur entscheiden. Heute nämlich gelten Agenten nicht als Unternehmen. Ausserdem sollen Hersteller nachweisen müssen, dass das Agenturmodell effizienter ist als das heutige System. Diesen Nachweis zu erbringen dürfte einfach sein, wenn es nicht darum geht, die Marge der Händler zulasten unserer KMU in die Konzernzentrale zu spülen. Das Steuersubstrat wandert weg in die Herstellerländer – man stelle sich das vor!

Zur Kritik an meiner Motion: Die Motion bringt für unsere KM-Unternehmen kein Jota an zusätzlicher Regulierung, sondern sie schliesst einzig eine Lücke, welche Hersteller im Ausland für sich neu entdeckt haben. Diese Kritik habe ich immer wieder gehört. Die Motion schränkt die Wahl des Vertriebs nicht ein, wie der Bundesrat fälschlicherweise annimmt. Die Unternehmen – wir sprechen hier ausnahmslos von marktmächtigen Herstellern – sollen lediglich nachweisen, dass das Agenturmodell effizienter ist als das heutige System.

Zum Schluss: Wenn wir es ernst meinen mit der unternehmerischen Freiheit und dem Wettbewerb, müssen wir die Lücken im Gesetz füllen, bevor sie nicht in Missachtung unseres gesetzgeberischen Willens der letzten zwanzig Jahre von den Herstellern im Ausland ausgenutzt werden. Die Motion ist somit eine logische Ergänzung der vom Bundesrat umgesetzten Motion Pfister Gerhard. Mit einer Annahme der Motion können wir die Dringlichkeit der Angelegenheit, welche vom Ständerat unabhängig von der laufenden Kartellgesetzrevision aufgegriffen werden kann, unterstreichen.

Meine persönliche Note: Für die kantonalen Sektionen des Auto-Gewerbe-Verbands Schweiz Bern, Zürich,





Luzern, Basel und Aargau mit über 500 KMU ist der Auftrag an das Parlament klar. Sie erwarten ausnahmslos von uns, dass die kartellgesetzliche Lücke mit der Annahme der Motion geschlossen wird.  
Danke, wenn Sie der Motion zustimmen.

**Parmelin** Guy, conseiller fédéral: Tout d'abord, il convient de rappeler que toute entreprise est libre de choisir son système de distribution, pour autant que les articles 5 et 7 de la loi sur les cartels soient respectés. Astreindre une entreprise à se tenir à un système de distribution particulier reviendrait à instaurer une obligation étendue de contracter. Cela constituerait non seulement une atteinte considérable à la liberté économique et contractuelle inscrite dans la Constitution, mais aussi une entrave substantielle à l'innovation. En outre, une telle réglementation découragerait la collaboration avec des distributeurs indépendants. A long terme, de telles restrictions pourraient entraver la concurrence. Cela pourrait nuire aux clients en entraînant des prix plus élevés. La réglementation proposée serait diamétralement opposée aux principes du droit privé ainsi qu'à ceux de la concurrence.

En outre, la nouvelle ordonnance automobile remplaçant la communication automobile de la Commission de la concurrence (Comco) est entrée en vigueur le 1er janvier 2024 en réponse à la motion Pfister Gerhard 18.3898, "Appliquer la loi sur les cartels de manière effective dans le secteur automobile". Elle tient déjà dûment compte des spécificités du marché automobile. Il n'est donc pas nécessaire d'aller plus loin dans la réglementation. De plus, la résiliation d'une relation d'affaires peut constituer, dans certains cas, un abus de pouvoir de marché relatif au sens de l'article 7 de la loi sur les cartels. Ainsi, pas plus tard que le 18 janvier 2024, la Comco a ouvert une enquête contre un fabricant de véhicules automobiles. Le droit des cartels en vigueur tient donc suffisamment compte d'éventuelles restrictions illicites à la concurrence par les constructeurs et importateurs automobiles.

Le Conseil fédéral ne voit en l'occurrence aucune nécessité d'aller plus loin et il vous recommande de rejeter cette motion.

**Präsidentin** (Riniker Maja, erste Vizepräsidentin): Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

AB 2024 N 84 / BO 2024 N 84

#### *Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 22.3838/28164)

Für Annahme der Motion ... 141 Stimmen

Dagegen ... 41 Stimmen

(7 Enthaltungen)